

Die Wirtschaftsminister der Länder sprachen sich auf ihrer Herbsttagung im November 2001 in Saarbücken einstimmig für ein eigenständiges Schulfach „Wirtschaft“ ab der Sekundarstufe I aus.

Hier der Beschluß samt Begründung:

1. Die Wirtschaftsminister und -senatoren stellen fest, dass eine zukunfts- und mittelstandsorientierte Wirtschaftspolitik eine Stärkung der Kultur der Selbstständigkeit erfordert. Deshalb müssen Jugendliche bereits in der Schule gezielt an unternehmerische Fragestellungen herangeführt werden. Im gesamten Bildungsbereich, besonders an den allgemein bildenden Schulen, bedarf das Thema „Unternehmerische Selbstständigkeit“ stärkerer Berücksichtigung. Unterrichtsinhalte und Qualifikationsprofile müssen jungen Menschen angesichts der Globalisierung, eines zusammenwachsenden Europas und des technologischen und strukturellen Wandels von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft ordnungs- und gesellschaftspolitische Orientierung geben. Ökonomische Bildung ist ein wichtiger Faktor für eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Die Wirtschaftsminister und -senatoren befürworten eine verstärkte Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft. Sie soll dazu beitragen, Fragen der Wirtschaft, Unternehmensgründung und Unternehmensführung vermehrt in der Schule zu behandeln, Schülern Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten auch für unternehmerische Selbstständigkeit anzubieten und die Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft für den Wirtschaftsstandort Deutschland praxisbezogen zu vermitteln.

2. Die Wirtschaftsminister und -senatoren begrüßen die zahlreichen Initiativen und Programme im Bereich Schule-Wirtschaft von Bund, Ländern, Unternehmen, Kammern, Verbänden, Stiftungen, Gewerkschaften sowie Elternschaft und befürworten deren Fortführung und Weiterentwicklung.

Betriebserkundungen, Schülerfirmen, Praktika, Simulationen, Planspiele, Wettbewerbe, Projektunterricht, Tag der Betriebe in Schulen, Übernahme von Schul- und Schülerpatenschaften sowie die Zusammenarbeit mit Unternehmen und Hochschulen sind anschauliche und geeignete Instrumente zur Erschließung von Neugier und Motivation junger Menschen.

Die Wirtschaftsminister und -senatoren fordern die Wirtschaft auf, im Rahmen von Schulpatenschaften verstärkt geeignete Praktika in Betrieben und Unternehmen für Schüler und Lehrkräfte anzubieten.

3. Die Wirtschaftsminister und -senatoren teilen die Auffassung der Kultusministerkonferenz, dass die ökonomische Bildung an den Schulen gestärkt werden muss. Sie halten in Übereinstimmung mit BDA, DGB, DIHK und Bundeselternschaft einen flächendeckenden und systematischen Ausbau der ökonomischen Bildung mit dem Ziel der Einführung eines eigenen Faches Wirtschaft ab Sekundarstufe I für erforderlich. Nur so kann der Komplexität ökonomischer Zusammenhänge fachlich und pädagogisch entsprochen werden.

Die Wirtschaftsminister und -senatoren betonen, dass zur Absicherung eines fachlich und pädagogisch anspruchsvollen Faches „Wirtschaft“ eine darauf ausgerichtete Lehramtsaus- und Fortbildung unabdingbar ist. Die ökonomische Bildung muss den Schülern durch Fachlehrer vermittelt werden. Um dies zu bewirken, sollte auch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und ihren Bildungseinrichtungen intensiviert werden.

4. Angesichts der Bedeutung der ökonomischen Bildung für den Wirtschaftsstandort Deutschland unterstützen die Wirtschaftsminister und -senatoren politische Initiativen, die geeignet sind, eine weitere qualitative Entwicklung des Dialogs zwischen Schule und Wirtschaft zu fördern.

Sie fordern im Rahmen einer koordinierten Gesamtstrategie Lehrpläne, Schulorganisation und -entwicklung, Personalentwicklung, Lehrerausbildung und neu zu entwickelnde Instrumente, wie z. B. den Stiftungslehrer, so auszurichten, dass die ökonomische Bildung in den allgemein bildenden Schulen den Anforderungen der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts entspricht.

Die erforderlichen Schritte sind in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Beauftragten der Wirtschaftsminister und -senatoren und der Kultusministerkonferenz zu erarbeiten. Die Wirtschaftsminister und -senatoren werden hierzu geeignete Teilnehmer aus der Wirtschaft benennen.

Begründung

1. Die Konferenz der Wirtschaftsminister und -senatoren hat auf ihrer Sitzung am 2./3. November 2000 beschlossen, den Dialog zwischen Schule und Wirtschaft zu verstärken. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem Thema ökonomische Bildung und unternehmerische Selbstständigkeit. Unter beschäftigungs-, ordnungs- und standortpolitischen Gesichtspunkten sollte die auf die Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler gerichtete Bildung und Erziehung auch zur Entwicklung einer Kultur der unternehmerischen Selbstständigkeit beitragen.

Ein intensiver Kontakt zwischen Schule und Wirtschaft sollte dazu beitragen, Fragen zum Thema Unternehmensgründung und Unternehmensführung vermehrt in der Schule zu behandeln, Jugendliche zu wirtschaftlicher Selbstständigkeit zu befähigen und die Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft für den Wirtschaftsstandort Deutschland praxisbezogen zu vermitteln.

Deutschland ist zunehmend auf innovative und kreative Unternehmensgründer aber auch unternehmerisch denkende und handelnde Angestellte angewiesen. Die allgemein bildenden Schulen müssen deshalb in engem Zusammenwirken mit den Unternehmen den ökonomischen Unterricht so gestalten, dass Schülerinnen und Schülern ein realistisches Bild einer selbstständigen Tätigkeit erschlossen und deren Bedeutung für die eigene Erwerbsbiographie vermittelt wird.

2. Eine solide ökonomische Grundbildung aller Schülerinnen und Schüler ist sowohl von ordnungspolitischer Relevanz als auch von großer alltagspraktischer Bedeutung. Sie gewinnt vor dem Hintergrund zunehmender Komplexität wirtschaftlicher Zusammenhänge, wachsender Internationalisierung und Globalisierung sowie der Informatisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Aktuelle Studien verweisen allerdings auf erhebliche Defizite im Bereich der ökonomischen Grundbildung. Im internationalen Vergleich wissen deutsche Schüler über Wirtschaft weniger als ihre Altersgenossen in anderen Industrieländern. Das Institut der Deutschen Wirtschaft führt diese Defizite unter anderem darauf zurück, „dass Wirtschaft in den meisten Bundesländern nur als eines unter vielen Themen gelehrt wird“. Aber nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch die Lehrer haben vielfach erhebliche Defizite in der ökonomischen Bildung.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass Schule-Wirtschaft kein Schnittstellenproblem des Übergangs vom Bildungs- zum Beschäftigungssystem, sondern eine Frage der paradigmatischen Ausrichtung des gesamten Erziehungs- und Bildungsprozesses in der Schule ist. Gleichwohl besteht darüber hinaus eine gesellschaftliche Verantwortung insbesondere der Wirtschaft, dieses Themenfeld noch intensiver als bisher zu begleiten und angemessen zu unterstützen.

3. Im internationalen Vergleich spielt die Reflektion unternehmerischen Denkens und Handelns in Deutschland sowohl in den Schulen als auch in der Lehrerbildung nur eine nachgeordnete Rolle. Es ist zu vermuten, dass die in Deutschland vergleichsweise geringe Bereitschaft zur eigenverantwortlichen Unternehmensgründung zum Teil auch hierin begründet sein kann. Im Jahr 2000 waren nach Untersuchungen des Institutes der deutschen Wirtschaft 3,8 % der erwachsenen Bevölkerung über 18 Jahre an einer Unternehmensgründung beteiligt. In den USA waren es hingegen 9,8 %. Vor allem ist in Deutschland angesichts kom-

plexer rechtlicher Vorschriften und unzureichender Kenntnisse über marktwirtschaftliche Zusammenhänge die Angst vor einem Scheitern viel stärker ausgeprägt: 48 % der Deutschen hätten nach einer repräsentativen Umfrage als Start-up-Unternehmer Angst vor dem Scheitern. Nur in Japan ist diese Angst mit 60 % der Befragten noch ausgeprägter, während in den USA nur 21 % entsprechende Befürchtungen haben

Über die grundsätzliche ordnungs- und gesellschaftspolitische Orientierung junger Menschen hinaus muss das Ziel der ökonomischen Bildung daher auch sein, die Bereitschaft zur unternehmerischen Selbstständigkeit zu erhöhen. Diese Zielsetzung entspricht einerseits der ökonomischen Notwendigkeit, insbesondere im Technologiesektor den Anteil, klein- und mittelständisch orientierter, Unternehmen zu erhöhen. Andererseits ist die Selbstständigkeit auch ein Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die in Europa mit durchschnittlich 16,1 % fast doppelt so hoch ist wie in den USA und Japan. Mit einem Anteil von 8,5 % liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland zwar deutlich unter dem europäischen Durchschnitt, weist aber dennoch einen erheblichen Handlungsbedarf auf.

Erziehung zur Selbstständigkeit ist auch von erheblichem Nutzen für „Nichtselbstständige“, da neue Formen der Arbeitsorganisation höhere Eigenverantwortung und Führungsqualifikationen verlangen.

4. Die ökonomische Bildung in den allgemein bildenden Schulen hat wegen ihrer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Implikationen vor allem im letzten Jahr zu einer breiten Diskussion in der Fachöffentlichkeit geführt. Dabei hat sich gezeigt, dass alle gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen eine Verstärkung der ökonomischen Bildung in der Schule für dringend erforderlich halten.

So forderten BDA und DGB, unterstützt von der Bundeselternschaft, im August 2000 in einem gemeinsamen Memorandum ein eigenständiges Unterrichtsfach Wirtschaft für alle weiterführenden Schulen ab Klasse 5 und appellierten dabei an die Kultusministerkonferenz (KMK), diesen Vorschlag in den Bundesländern umzusetzen. Als Reaktion darauf erklärte die KMK am 21. August 2000, dass die wirtschaftliche Bildung an allen Schulen gestärkt werden müsse und deshalb die Intention von BDA und DGB grundsätzlich zu begrüßen sei. Am 18./19.10.2001 hat die KMK einen Bericht über die „Wirtschaftliche Bildung an allgemein bildenden Schulen“ verabschiedet und darin erklärt, dass ökonomische Bildung unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung sei und somit zum Bildungsauftrag der allgemein bildenden Schulen in der Bundesrepublik Deutschland gehöre.

Erst kürzlich hat auch der DIHK ein eigenes Fach „Wirtschaft“ in den allgemein bildenden Schulen angemahnt.

5. Um detailliertere Informationen über Projekte in den einzelnen Bundesländern zur Verbesserung des Klimas für mehr Selbstständigkeit und Innovation zu erhalten, hat der Senator für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen im Januar 2001 alle Wirtschaftsminister und -senatoren gebeten, die fünf wichtigsten Landesaktivitäten zum Thema Schule und Wirtschaft außerhalb des Lehrplanes zu benennen. Die Übersicht in der Anlage skizziert in Kurzform das Ergebnis dieser Befragung. Es wird dabei deutlich, dass es einerseits in den Bundesländern eine große Anzahl lokaler und regionaler Projekte gibt und andererseits vom Bund geförderte Kooperationsprojekte ihre Realisierung in konkreten Schule-Wirtschaft-Projekten finden.

Wegen der Breitenwirkung und beispielgebenden Anlage des Projektes kann das bundesweit vom Institut der deutschen Wirtschaft den Schulen angebotene Projekt „JUNIOR“ - Junge Unternehmer initiieren - organisieren - realisieren besonders hervorgehoben werden. Jeweils 10-15 Schüler ab Klasse 9 gründen freiwillig ein auf ein Schuljahr befristetes Miniunternehmen. Im Unterschied zu Planspielen erleben Schülerinnen und Schüler bei JUNIOR Wirtschaft live.

Im Rahmen des Junior Projekts fand das erste Junior-Business-Camp statt, an dem Schülerinnen und Schüler aus ganz Deutschland teilnahmen. Das Institut der deutschen Wirtschaft bot mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie sowie eines großen deutschen Unternehmens den Teilnehmern Gelegenheit, sich näher über das Thema Existenzgründung zu informieren. Mit dieser Initiative soll das Thema Existenzgründung stärker in den Schulen thematisiert, der Unternehmergeist in jungen Menschen geweckt und der Gedanke an eine Unternehmensgründung als Berufsperspektive gefestigt werden. Unter dem Motto „Fit for Business“ sollen diese Motivationsveranstaltungen fortgeführt werden."

Die hohe Professionalität, mit der das JUNIOR-Projekt geplant und realisiert wird, führt zu einem sehr positiven Ergebnis der ökonomischen Bildung von Schülern.

Neben JUNIOR haben die Bundesländer zahlreiche Projekte benannt, die im Rahmen des Förderprogramms „Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchgeführt werden. Mit diesem im Jahr 2000 mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds angelaufenen Förderprogramm sollen neue Wege zur Verbesserung der Berufsorientierung und Arbeitsfähigkeit von Jugendlichen gefördert werden. Ziel ist es, mit Hilfe des besseren Zusammenwirkens von Schulen, weiterführenden Bildungseinrichtungen, Unternehmen, Gewerkschaften und Kommunen den Übergang von der Schule in das Berufsleben zu verbessern.

Als beispielgebend kann auch eine Anfang 2000 zwischen dem Senator für Bildung und Wissenschaft der Freien Hansestadt Bremen und dem Präses der Handelskammer Bremen ergriffene Initiative und getroffene Vereinbarung erwähnt werden, nach der eine

enge Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft vereinbart wurde. Der Schulunterricht in Bremen soll in Zukunft noch praxisnäher gestaltet werden. Zu diesem Zweck wollen Senat und Wirtschaft enger zusammenarbeiten und nicht nur punktuell Probleme lösen, sondern das gesamte bremische Bildungssystem gemeinsam wettbewerbsfähiger gestalten.

Mit dem Networkshop Schule & Wirtschaft haben die Bertelsmann Stiftung, die Heinz Nixdorf Stiftung und die Ludwig-Erhard-Stiftung eine Gemeinschaftsinitiative Soziale Marktwirtschaft gestartet, die dazu beitragen soll, die Kommunikation der vielfältigen Initiativen und Schulprojekte im Bereich Schule-Wirtschaft zu intensivieren. Das im Aufbau befindliche Netzwerk will Synergien zwischen einzelnen Projekten und Initiativen nutzbar machen, um durch Kooperation die Ziele der einzelnen Projekte noch besser zu verwirklichen.

6. Seit Mitte der 60er Jahre ist die ökonomische Bildung als Teil der Allgemeinbildung vor allem in der Sekundarstufe I eng verknüpft mit der Entwicklung der Arbeitslehre. Rückblickend kann festgestellt werden, dass der hauptschulspezifische Charakter der Arbeitslehre festgeschrieben worden ist. Die Entwicklung der Arbeitslehre ist in den Bundesländern unterschiedlich verlaufen. Insgesamt hat sie die ökonomische Bildung aber nicht gefördert. Arbeitslehre als curriculare Integrationslösung für technischen, haushalts- und textilarbeitsbezogenen sowie ökonomischen Unterricht ist vielfach zu Lasten fachlich fundierter ökonomischer Bildung entwickelt worden.

Die bisher fehlende systematische Repräsentanz ökonomischer Bildung in allen Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I wird begleitet von einer unzureichenden Qualifikation der Mehrzahl der das Fach Arbeitslehre unterrichtenden Pädagogen. Da es in den meisten Bundesländern kein Schulfach „Wirtschaft“ gibt, fehlt auch eine darauf bezogene qualifizierte wissenschaftliche Lehrerbildung. Ökonomische Qualifikationen erwerben Lehrer häufig nur durch freiwillige Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen. Wenn Einigkeit darüber besteht, dass die ökonomische Bildung als ein integraler Bestandteil der Allgemeinbildung zwingend erforderlich ist, dann muss es auch eine qualifizierte Lehrerbildung für diese Bildungsaufgabe geben. Da sich eine professionalisierte Lehrerbildung bei der gegenwärtigen Schulorganisation systematisch auf Schulfächer bezieht, bedarf es auch deshalb einer eigenen Repräsentanz der ökonomischen Bildung in einem Schulfach. Eine sowohl fachwissenschaftlich als auch fachdidaktisch hohen qualitativen Ansprüchen entsprechende ökonomische Bildung in der Sekundarstufe I mit Anschlussfähigkeit auch zur Sekundarstufe II erfordert ein eigenes Fach im Stundenplan und dafür qualifiziert ausgebildete Pädagogen mit Fakultas für die ökonomische Bildung. Die bisher über mehrere Fächer verstreuten ökonomischen Unterrichtsinhalte müssen curricular für die Jahrgänge der Sekundarstufe I sys-

tematisch unter Hinzuziehung von außerschulischen Praktikern aufbereitet werden.

7. Die durch die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien beschleunigte Herausbildung der Wissensgesellschaft verändert die Anforderungen an die allgemein bildenden Schulen. Ohne umfassende Medienkompetenz und ökonomisches Orientierungswissen sowie ökonomische Handlungskompetenzen wird die Führung eines selbstbestimmten privaten, beruflichen und öffentlichen Lebens immer weniger möglich sein. So wie sich Unternehmen und Verwaltungen, Gewerkschaften und Verbände den Anforderungen der Zeit entsprechend modernisieren, müssen sich auch die Schulen den veränderten Aufgaben stellen. Bezogen auf die qualitativ abzusichernde ökonomische Bildung sind die zu meisternden Aufgaben aufgrund der strukturellen Gegebenheiten so komplex und schwierig handhabbar, dass die schulischen und außerschulischen bildungs- und wirtschaftspolitischen Akteure koordiniert zusammenwirken müssen.

Um den Prozess der nachhaltigen Integration der ökonomischen Bildung in das Allgemeinbildungs- und Schulorganisationskonzept unter Berücksichtigung fachwissenschaftlicher und fachdidaktischer, bildungs-, haushalts- und wirtschaftspolitischer Gesichtspunkte zu fördern, ist es notwendig, grundlegende und innovative Gestaltungsmöglichkeiten zu prüfen und hinsichtlich ihrer Machbarkeit zu bewerten.

Beispielhaft ist hier vor dem Hintergrund der positiven Erfahrungen mit Stiftungsprofessuren für Existenzgründungen und Entrepreneurship die Einführung eines Stiftungslehrers zu nennen. Diesbezüglich sollten konzertierte Aktionen von Unternehmen und Elternschaft gefördert werden.